

Für eine friedliche Zukunft Afghanistans

Errungenschaften absichern, Versöhnung fördern, Zivilgesellschaft stärken, ziviles Engagement ausbauen

Mit dem Abzug der NATO-Truppen nach zwei Jahrzehnten geht nicht nur für Afghanistan, sondern auch für Deutschland ein einschneidendes Kapitel der jüngeren Geschichte zu Ende. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich auch in Zukunft für ein weiteres ziviles Engagement in Afghanistan ein – mit den folgenden Schwerpunkten:

- Der Aufbau des afghanischen Staates mit stabilen und demokratisch legitimierten staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen ist eine Generationenaufgabe, die nicht innerhalb von zwanzig Jahren zu erreichen ist. Das deutsche zivile Engagement muss in enger Kooperation mit internationalen Partnern aufrechterhalten bleiben, um insbesondere die Erfolge in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Frauenrechte und demokratischer Staatsaufbau abzusichern und auszubauen.
- Die vielfältige afghanische Zivilgesellschaft ist eine zentrale Errungenschaft – auch dank des internationalen Engagements –, sieht sich aber immer stärker Bedrohungen und gewalttätigen Angriffen ausgesetzt. Ihre Unterstützung sowie die humanitäre Hilfe für besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen müssen Schwerpunkte des künftigen deutschen zivilen Engagements bleiben.
- Die Stabilität des afghanischen Sicherheitssektors wird auch nach einem Abzug der NATO-Truppen in den kommenden Jahren von der internationalen Unterstützung stark abhängig bleiben, an der sich auch Deutschland mit den notwendigen Mitteln weiter beteiligen sollte.
- Den innerafghanischen Verhandlungen kommt nun die entscheidende Rolle zur friedlichen Beilegung der Konflikte im Land zu. Deutschland muss diese weiterhin direkt unterstützen, gemeinsam mit den internationalen und regionalen Partnern auf eine Gewaltreduzierung hinwirken und gerade das Mandat der Vereinten Nationen im Friedensprozess stärken. Oberste Priorität müssen die Wahrung der geltenden afghanischen Verfassungsordnung sowie der Menschen- und Grundrechte haben.
- Das Interesse der Nachbar- und Regionalstaaten an einer Stabilisierung Afghanistans bietet die besondere Chance zur friedlichen Beilegung der Konflikte. Da es bisher an einer effektiv koordinierenden Plattform für die verschiedenen regionalen Initiativen mangelt, sollte die Internationale Kontaktgruppe für Afghanistan noch stärker genutzt werden, um die regionalen Akteure zusammenzubringen und einen konstruktiven Austausch zu fördern.
- Der langjährige militärische Einsatz hat zu einer Neuausrichtung der Bundeswehr geführt. Der Einsatz darf nach dem Abzug nicht als abgeschlossen gelten. Die Nachsorge der Soldat:innen und ihrer Familien ist notwendig, dies gilt insbesondere für Hinterbliebene sowie körperlich und seelisch Verwundete.
- Unsere Dankbarkeit gilt den vielen afghanischen Mitarbeiter:innen der Bundeswehr, der Polizei und der zivilen Durchführungsorganisationen. Da sie nach dem Abzug einem besonders hohen Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Vergeltungsaktionen zu werden, fordern wir die Bundesregierung auf, hier schnelle und unbürokratische Lösungen zu finden und sie mit ihren Familien nicht im Stich zu lassen.

- Um unser Handeln zu bewerten und Lehren für die Zukunft zu ziehen, ist eine Gesamtevaluierung des zivilen, polizeilichen und militärischen Engagements in Afghanistan zwingend geboten. Wir fordern dafür die Einsetzung einer Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages. Die öffentliche Debatte soll auch dazu beitragen, den vernetzten Ansatz weiterzuentwickeln und die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei künftigen Einsätzen zu stärken.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bekräftigte die damalige rot-grüne Bundesregierung ihre Solidarität mit den USA und stimmte einer Beteiligung Deutschlands an einem gemeinsamen militärischen Einsatz gegen den internationalen Terrorismus zu. Im Sinne eines umfassenden Ansatzes setzt sich Deutschland seitdem gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern dafür ein, die afghanische Bevölkerung mit zivilen und militärischen Mitteln zu unterstützen sowie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften im Land zu konsolidieren. Die Bundesregierung hat seit 2001 mehr als 16 Milliarden Euro in den Wiederaufbau und die staatliche Entwicklung Afghanistans investiert. Mehr als 160.000 deutsche Soldat:innen und Polizist:innen, und zahlreiche zivile Helfer:innen und Vertreter:innen von Nichtregierungsorganisationen waren teils mehrfach im Einsatz, 59 deutsche Soldaten ließen dort ihr Leben.

Im sogenannten Doha-Abkommen mit den Taliban vom 29. Februar 2020 stellten die USA einen Abzug aller internationalen Truppen bis zum 30. April 2021 sowie eine Aufhebung der internationalen Sanktionen in Aussicht – vorausgesetzt die Taliban stellten sicher, dass von Afghanistan keine Terrorgefahr mehr ausgeht und beteiligten sich an Gesprächen mit der afghanischen Regierung. Mit rund sechs Monaten Verspätung begannen im September 2020 in Katar die innerafghanischen Friedensverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban, die seitdem jedoch immer wieder ins Stocken geraten sind. Zwar verzichteten die Taliban wie bilateral mit den USA vereinbart auf Angriffe auf die internationalen Truppen, doch hat sich im vergangenen Jahr ein anhaltend besorgniserregend hohes Gewaltniveau entwickelt, wobei insbesondere Vertreter:innen des afghanischen Staates sowie zivilgesellschaftliche Akteure gezielten Anschlägen zum Opfer fallen. Nach einem mehrmonatigen Überprüfungsprozess kündigte US-Präsident Joe Biden im April 2021 den vollständigen Abzug der US-amerikanischen Truppen bis spätestens zum 11. September 2021 an – was die internationalen und afghanischen Partner vor beträchtliche Herausforderungen stellt.

Nach Jahrzehnten des Krieges stellt der innerafghanische Friedensprozess einen Hoffnungsschimmer dar, eine friedliche und nachhaltige politische Lösung für die Zukunft Afghanistans zu finden. Ob sich die Verhandlungen noch vor dem bedingungslosen Abzug der internationalen Truppen, oder überhaupt zu einem guten Ende bringen lassen, ist offen.

Das Ende des militärischen Einsatzes ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Beendigung des vielfältigen Engagement Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich auch weiterhin für eine intensive außen- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die gezielte Unterstützung der afghanischen Zivilgesellschaft wie auch die humanitäre Hilfe für besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen ein.

Die weiterhin fragile oder gar zerfallende Staatlichkeit in Afghanistan wird auch Folgen über die Grenzen des Landes hinaus haben, sei es durch die Zunahme von Abwanderung, die Ausbreitung krimineller oder terroristischer transnationaler Netzwerke, oder die Destabilisierung der Nachbarschaft. Eine Fortsetzung des deutschen Engagements sollte über die Bewahrung des bisher Erreichten hinaus auch unsere zukünftigen Interessen in Afghanistan und im Umfeld des Landes in den Blick nehmen.

Historischer Abriss

Im Jahr 1979 wurde Afghanistan durch die Invasion der Sowjetunion zu einem entscheidenden heißen Schauplatz des Kalten Krieges. Der Guerillakampf der radikalislamischen „Mudschaheddin“, die sich im pakistanischen Exil mit der Unterstützung der USA und zahlreicher Regionalstaaten wie Saudi-Arabien formierten, erzwang letztlich den Abzug der sowjetischen Truppen 1989. Der Krieg hatte mehr als eine Million Afghan:innen das Leben gekostet und fünf Millionen zu Flüchtlingen gemacht. Auch mehr als 20.000 sowjetische Soldat:innen verloren ihr Leben.

Nach einem mehrjährigen Bürgerkrieg übernahmen 1996 die Taliban in Kabul die Macht und setzten ihre politische und juristische Interpretation des Islam und der afghanischen Tradition mit aller Härte durch, worunter insbesondere Frauen und ethnisch-religiöse Minderheiten litten.

Afghanistan entwickelte sich unter dem Schutz der Taliban zu einem Rückzugsort für das transnational operierende Terrornetzwerk Al-Qaida, das von dort aus Angriffe gegen westliche Ziele vorbereitete – nicht zuletzt die Anschläge am 11. September 2001 in New York und Washington.

Zeitenwende 9/11

Nachdem die Taliban eine Auslieferung von Al-Qaida-Anführer Osama bin Laden an die USA verweigerten, begannen die USA am 7. Oktober 2001 den militärischen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und intervenierte in Afghanistan. Am 16. November 2001 beschloss der Bundestag nach kontroversen Diskussionen die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation Enduring Freedom, für die der Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sowie die Resolutionen 1368 und 1373 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN), die die Anschläge verurteilten und zu einem entschlossenen Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus aufriefen, die rechtliche Grundlage bildeten.

Nach dem Sturz der Taliban begann am 27. November 2001 mit der Petersberger Konferenz in Bonn das Projekt „Staats(wieder)aufbau Afghanistan“. Zusammen mit internationalen Partnern verabschiedeten Vertreter der Nordallianz und afghanischer Exilgruppen einen Stufenplan, der die Demokratisierung und Bildung einer provisorischen Regierung unter der Führung von Hamid Karzai vorsah.

Der dritte Golfkrieg ab 2003, dem sich die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder entgegenstellte, lenkte die Aufmerksamkeit der USA in Richtung Irak und erschwerte in den Folgejahren erheblich die Umsetzung der von der internationalen Gemeinschaft gesteckten Ziele für Afghanistan. Partner wie Deutschland sahen sich veranlasst, mehr Verantwortung zu übernehmen und den eigenen Personal- und Mitteleinsatz in Afghanistan zu erhöhen.

Das militärische Erstarken der Taliban in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre ist insbesondere auf die Vernachlässigung der südlichen Provinzen beim Wiederaufbau und der Herstellung von öffentlicher Sicherheit zurückzuführen, die durch die Duldung der unkontrollierten Selbstbereicherung lokaler Machthaber durch die internationale Gemeinschaft noch verschärft wurde.

2014 kam es zum ersten demokratischen Machtwechsel in der modernen afghanischen Geschichte. Der ehemalige Finanzminister Ashraf Ghani wurde zum Nachfolger Karzais gewählt. Bis heute haben – trotz angespannter Sicherheitslage – vier Präsidentschaftswahlen und drei Parlamentswahlen in Afghanistan stattgefunden.

Doha-Abkommen & innerafghanischer Friedensprozess

Im Juli 2018 verkündete die US-Regierung, dass sie direkte Verhandlungen mit den Taliban über die Terrorismusbekämpfung und einen möglichen Truppenabzug aufgenommen habe. Bereits bis Dezember 2020 reduzierten die USA stark die eigene Truppenpräsenz. Der im Januar 2021 ins Amt gekommene amerikanische Präsident Joe Biden hat nach einem mehrmonatigen Überprüfungsprozess am 14. April

den bedingungslosen Abzug der US-Truppen bis spätestens zum 11. September 2021 angekündigt. Bei vielen afghanischen Partnern, aber auch in der Breite der afghanischen Gesellschaft hat das angekündigte Ende der militärischen Zusammenarbeit enorme Verunsicherung und große Sorge ausgelöst, gleichzeitig haben die Taliban ihre Angriffe weiter intensiviert. Zugleich haben die USA und andere Verbündete versprochen, sowohl weiter die Regierung in Kabul finanziell als auch politisch den Friedensprozess weiter zu unterstützen. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten darauf ankommen, das Vertrauen der Konfliktparteien in den politischen Prozess und die Ernsthaftigkeit der zivilen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu stärken.

Bilanz des 20-jährigen internationalen Engagements

In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert bisweilen der militärische Einsatz über das vielfältige Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Doch schon beim Beschluss im November 2001 zur Beteiligung der Bundeswehr an der Operation Enduring Freedom warnten die Regierungsfractionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Entschließungsantrag, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit militärischen Mitteln allein nicht zu gewinnen sei:

„Der Kampf gegen den Terror kann nur gelingen, wenn vor allem auch politische, ökonomische und humanitäre Maßnahmen ergriffen werden. Die internationale Staatengemeinschaft muss dauerhafte Anstrengungen für eine politische und ökonomische, sicherheitsdienstliche und polizeiliche, ordnungs- und strukturpolitische sowie humanitäre Zusammenarbeit unternehmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.“

Infolgedessen entstand über die Jahre ein vernetzter Ansatz, durch den die verschiedenen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Ziele und Instrumente besser aufeinander abgestimmt und durchgeführt werden sollten. Eine ressortübergreifende Zusammenarbeit im Kontext des vernetzten Ansatzes blieb in der Praxis jedoch zu oft eher ein Neben- als ein Miteinander.

Um unser Handeln zu bewerten und entsprechende Lehren für die Zukunft zu ziehen, ist eine Gesamtevaluierung des zivilen und militärischen Engagements in Afghanistan zwingend geboten. Nach dem Abzug der Bundeswehr soll in der nächsten Legislaturperiode eine Enquête-Kommission eingesetzt werden. Die öffentliche Debatte soll auch dazu beitragen, den vernetzten Ansatz weiterzuentwickeln und die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei künftigen Einsätzen zu stärken.

Entwicklung & Wiederaufbau

Afghanistan gehört zu den etwa fünfzig Staaten, die die VN der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zuordnet, basierend auf Kriterien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie der Verwundbarkeit gegenüber äußeren Einflüssen. Nach zwei Jahrzehnten des internationalen Engagements befindet sich der afghanische Staat weiterhin in einer Phase des Aufbaus. Der Bürgerkrieg in den 1990er Jahren und die anschließende Taliban-Herrschaft hatten bis 2001 die legale afghanische Wirtschaft nahezu vollständig zerstört, weshalb der sozioökonomische Wiederaufbau zu den entwicklungspolitischen Prioritäten des internationalen Engagements zählte. Aufgrund der traditionellen Ausrichtung der Gesellschaft bzw. Art des Wirtschaftens erfüllten sich die anfänglichen Hoffnungen auf ein schnelles und vor allem nachhaltiges Wirtschaftswachstum kaum.

Ein Vergleich mit der Situation im Land vor zwanzig Jahren zeigt jedoch, dass die Afghan:innen mit Unterstützung der vielfältigen entwicklungspolitischen Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft beachtliche Erfolge erzielen konnten:

- Der Wert der menschlichen Entwicklung (HDI) hat sich den VN zufolge zwischen 2000 und 2019 von 0,35 auf 0,51 verbessert (im Vergleich: Deutschland wies 2018 einen Wert von 0,94 auf).
- Die durchschnittliche Lebenserwartung der Afghan:innen stieg von 56,3 auf 64,8 Jahre. Dies spiegelt die Fortschritte im Gesundheitswesen, wie beispielsweise die moderat gesunkene Mütter- und Kindersterblichkeitsrate wider.
- Mehr als 90 Prozent der urbanen Bevölkerung hat mittlerweile Zugang zu sauberem Wasser.
- Die Zahl der Jahre, die afghanische Kinder im Schnitt in Bildungseinrichtungen verbringen, hat sich von 2001 bis 2019 von 6,2 auf 10,2 gesteigert – bei den Mädchen von 0,6 auf 7,7 Jahre.
- Nach nur 13 Prozent im Jahr 2000, konnten 2018 immerhin bereits 30 Prozent der Frauen lesen.
- Mehr als 400.000 junge Afghan:innen strömen jährlich auf den Arbeitsmarkt und stellen eine enorme Herausforderung dar. Perspektiven für die Menschen in Afghanistan zu schaffen, bleibt eine der Hauptaufgaben des internationalen Engagements. Während Afghanistans Universitäten 2003/4 noch etwa 30.000 Studierende (darunter rund 7.000 Frauen) zählten, waren es 2018/19 mehr als 186.000 Studierende (darunter 49.000 Frauen).
- Eine junge urbane afghanische Elite, die ihre Kindheit größtenteils in Flüchtlingslagern in Pakistan und Iran verbrachte, ist heute alles andere als isoliert. Die Zahl der Internetnutzenden stieg von 0,01 Prozent der Gesamtbevölkerung in 2002 auf 13,5 Prozent in 2017.

Die Bundesregierung konzentriert sich in ihrem Engagement auf die Themenfelder Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt, gute Regierungsführung, nachhaltige Wirtschaft- sowie Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur. Auch Programme zur Stärkung der Grundbildung, Gesundheitsversorgung, Reintegration von Binnenvertriebenen und rückkehrenden Geflüchteten aus Europa und den Nachbarstaaten sollen dazu beitragen, die Lebensbedingungen und damit die Zukunftsperspektiven der Menschen vor Ort nachhaltig zu verbessern. Dabei sind in allen Kernthemen die Belange von Frauen und Mädchen verankert. Hunderte Projekte wurden in Kooperation mit rund 200 afghanischen NGOs und deutschen wie internationalen Organisationen umgesetzt – in einer weiten Bandbreite von Straßenbauprojekten bis zu Alphabetisierungskursen für Polizist:innen.

Seit zwanzig Jahren spielen insbesondere die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine tragende Rolle beim deutschen entwicklungspolitischen Engagement in Afghanistan. Beide Durchführungsorganisationen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit haben ihre Aktivitäten regelmäßig an veränderte Rahmenbedingungen angepasst, wobei die Projekte heute stärker als früher auf der lokalen Ebene ansetzen und einem dezentralen Ansatz folgen. Neben der Hauptstadt Kabul ist die GIZ mit mehr als eintausend lokalen Mitarbeiter:innen derzeit vor allem in den nördlichen Provinzen aktiv. Es ist wichtig, dass dieses deutsche entwicklungspolitische Engagement in Afghanistan auch nach einem Ende des Militäreinsatzes tatkräftig weitergeführt wird. Dennoch wird auch hier in Folge des Abzugs der NATO neu bewertet werden müssen, wie sich GIZ und KfW an eine veränderte Situation im Land erfolgreich anpassen können.

Trotz aller Fortschritte in den vergangenen zwanzig Jahren bleiben die entwicklungspolitischen Herausforderungen in Afghanistan bestehen: Der afghanische Staat ist wirtschaftlich aufgrund der anhaltend angespannten Sicherheitssituation, der Schattenwirtschaft und fehlender Staatseinnahmen noch immer maßgeblich auf internationale Unterstützung angewiesen. Der Binnenstaat ist abhängig vom grenzüberschreitenden Warenverkehr und damit auch von seinen Nachbarn; nationale und internationale Privatunternehmen werden von Korruption und fehlender Rechtssicherheit abgeschreckt. Zudem ist es für Bauern weiterhin lukrativer sich der Opiumökonomie anzuschließen. Auch dies verstärkt die Ernährungsunsicherheit. Lohnende Alternativen hin zur Lebensmittelproduktion müssen intensiviert werden.

Ausbleibende Schneefälle im vergangenen Winter geben Anlass zur Sorge, dass die Landwirtschaft im Jahresverlauf 2021 von einer neuen Dürre betroffen wird und die Zahl der Binnenvertriebenen im Land

weiter steigt. Diese Entwicklung wird durch den Klimawandel in Zukunft verstärkt werden. Wie so viele Länder des globalen Südens werden die naturräumlichen Veränderungen die Ernährungs- und Lebenssituation der ansässigen Menschen massiv beeinflussen. Auch vor diesem Hintergrund kommt der Förderung der Ernährungssicherheit für die afghanische Bevölkerung eine entscheidende Rolle zu.

Vielen Beteiligten war von Anfang an klar, dass sich entwicklungspolitische Maßnahmen nur in einem konfliktfreien Umfeld nachhaltig entfalten können. Eine zusätzliche Schwierigkeit bestand darin, dass viele internationale Akteure ohne die notwendige gemeinsame Koordinierung vorgingen. Dies trug mit dazu bei, dass die ohnehin schwach ausgebildeten staatlichen Strukturen überfordert wurden. Der Aufbau des afghanischen Staates ist eine Generationenaufgabe, die nicht innerhalb von zwanzig Jahren zu erreichen ist. Deshalb muss die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft aufrechterhalten bleiben – die Genfer Geberkonferenz 2020, bei der auch die schwierigen Themen Korruption und Misswirtschaft adressiert wurden, hat dafür das richtige Zeichen gesetzt.

Menschenrechte, Medien & zivilgesellschaftliches Engagement

Die im Jahr 2004 verabschiedete afghanische Verfassung gilt als eine der fortschrittlichsten der Region. Sie sichert den Afghan:innen Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit und eingeschränkt auch Religionsfreiheit zu. Zudem schreibt sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau vor. Die afghanische Verfassung ist jedoch in Form des Scharia-Vorbehalts auch von dem Bemühen geprägt, diese Gewährleistungen mit dem Islam zu vereinbaren.

Für das deutsche Engagement in Afghanistan ist die Förderung der Belange von Frauen und Mädchen handlungsleitend und als Querschnittsaufgabe in allen entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung verankert. Seit 2009 haben mehr als 220.000 Frauen an Weiterbildungsmaßnahmen von Partnerorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit teilgenommen, unter anderem in den Bereichen der Gleichberechtigung, Justiz und Verwaltung sowie der Polizei. Die Teilnahme von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist eine der größten Errungenschaften der Republik. Im Parlament und Provinzräten sichert eine Quote, dass Frauen aktiv und sichtbar Politik mitgestalten können. Seit September 2020 sind Frauen auch Teil des Verhandlungsteams der Kabuler Regierung in Doha. In der Entwicklungszusammenarbeit spielt darüber hinaus auch die soziale, wirtschaftliche und politische Teilnahme von Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten sowie von Kriegsversehrten eine wichtige Rolle.

Auch die vielseitige afghanische Zivilgesellschaft, die sich selbstbewusst in die politischen Diskussionen auf nationaler und internationaler Ebene einbringt und sich für die in der Verfassung festgeschriebenen Freiheitsrechte einsetzt, ist eine zentrale Errungenschaft des internationalen Engagements. Seit 2001 haben unzählige neue Radiostationen, Zeitungen und Fernsehsender dazu beigetragen, die Bevölkerung zu informieren und die Machthaber zu kontrollieren. Dazu hat auch Deutschland einen bedeutsamen Beitrag geleistet: Von 2001 bis 2018 bildete die Deutsche Welle Akademie afghanische Journalist:innen aus und die Bundesregierung unterstützte die feste Etablierung von journalistischen Studiengängen an afghanischen Universitäten.

Trotz aller Fortschritte fallen Verfassungsgeist und Verfassungswirklichkeit zunehmend auseinander. Wenngleich sich die große Mehrheit der Bevölkerung und alle Provinzhauptstädte in von der afghanischen Regierung kontrollierten Gebieten befinden, steht mittlerweile bereits mehr als die Hälfte des Territoriums des Landes wieder unter der Herrschaft der Taliban. In den eroberten Gebieten haben die Taliban Teilemirate errichtet, in denen die Freiheitsrechte, Menschenrechtsstandards und Gesetze der afghanischen Republik kaum Gültigkeit mehr haben. Hier ist ein Parallelstaat nach den Geboten der Scharia entstanden mit eigener Justiz, eigener Verwaltung und einem eigenen Schulwesen. Journalist:innen bewegen sich in diesen Gebieten in ständiger Lebensgefahr. Frauen sind dort in ihren verfassungsgemäßen Rechten, Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben und sogar ihrer Bewegungsfreiheit enorm eingeschränkt. Mädchen dürfen zwar bis zur Pubertät die Schule besuchen, werden jedoch wie

ihre Mitschüler nur in einem Unterrichtsfach unterrichtet: dem Koran. Angehörige der Minderheit der schiitischen Hazara wurden immer wieder diskriminiert und zuletzt verstärkt erneut Opfer von Gewalt.

Jedoch auch in den von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten werden Menschenrechtsstandards nicht ausreichend um- und durchgesetzt. Die Handlungsräume der Zivilgesellschaft sind in den vergangenen Jahren sukzessive zurückgegangen. Auf dem Papier haben Frauen zwar die gleichen Rechte wie Männer und Gewalt gegen Frauen ist gesetzlich verboten, doch Krieg, Armut und Unsicherheit treffen die afghanischen Frauen und Kinder überdurchschnittlich hart – auch im eigenen Zuhause. Im Vergleich zu Männern haben Frauen weiterhin nur eingeschränkt Zugang zu Bildung, Gerichten und deutlich weniger Chancen auf dem afghanischen Arbeitsmarkt.

Obwohl Kabul unter der Kontrolle der Zentralregierung steht, ist die afghanische Hauptstadt eine der gefährlichsten Städte der Welt und erlebte in den vergangenen Monaten eine Welle der Gewalt, die sich insbesondere gegen Frauen und zivilgesellschaftliche Akteure richtet. Richter:innen, Journalist:innen und Geschäftsleute werden nahezu täglich Opfer von Todesdrohungen und Anschlägen auf offener Straße, wobei nur selten Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Viele zivilgesellschaftliche Akteure sind gezwungen, das Land zu verlassen oder zu verstummen. Frauenrechtler:innen betonen zwar, dass sich das in zwanzig Jahren gewachsenen Selbstbewusstsein nicht einfach zurückdrehen lasse. Ob die gesellschaftlichen Fortschritte wirklich so unumstößlich sind, scheint angesichts der aktuellen Entwicklung jedoch mehr als fraglich.

Verteidigung & Sicherheit

Das Kernziel des internationalen Militäreinsatzes nach dem 11. September 2001 scheint heute erreicht: Seit dem Sturz des Taliban-Regimes bietet Afghanistan dem Terrornetzwerk Al-Qaida kein Rückzugsgebiet mehr, um Terroranschläge aus dem Land heraus zu planen. Im Doha-Abkommen vom Februar 2020 versicherten die Taliban, dafür zu sorgen, dass in Zukunft von Afghanistan keinerlei terroristische Gefahr mehr für die USA und ihre Verbündeten ausgehen werde.

Auch wenn Anschläge durch die Taliban gegen internationale Truppen seit über einem Jahr ausblieben, bleibt die allgemeine Sicherheitslage im Land äußerst angespannt bzw. hat sich für die Afghan:innen noch weiter verschärft. Dem Global Peace Index 2020 zufolge ist Afghanistan das am wenigsten friedliche Land der Welt, mehr als 66.000 afghanische Zivilist:innen wurden zwischen 2014 und 2020 bei Anschlägen und Militäroperationen getötet oder verwundet. Die Taliban sind die bedeutsamste, aber nicht die einzige Organisation, die in Afghanistan Anschläge verübt. Mehr als 20 terroristische Gruppierungen sind im Land aktiv, darunter seit 2015 auch ein Ableger des selbst ernannten Islamischen Staates, der immer wieder Anschläge auf religiöse Minderheiten und zivile Einrichtungen verübt.

Seit dem Ende von ISAF zum Jahreswechsel 2014/15 tragen die Afghan:innen selbst die Hauptlast ihrer Verteidigung. Die reguläre afghanische Armee ist seit 2003 (6.000) auf 180.000 Männer und Frauen angestiegen, die Polizei von 33.000 in 2004 auf 112.400 in 2019. Doch die Intensivierung der Gewalt hat auch hier Spuren hinterlassen, allein in den ersten fünf Monaten nach der Unterzeichnung des Doha Abkommens im Februar 2020 sind fast zehntausend afghanische Sicherheitskräfte getötet oder verletzt worden. Allein in der umkämpften Provinz Kandahar hat die afghanische Armee bis Dezember 2020 etwa 200 Stützpunkte aufgegeben.

Eine gut ausgestattete, auf demokratischen Grundsätzen trainierte Afghan National Police (ANP) ist ein wesentlicher Baustein zur Stärkung der Sicherheit in Afghanistan und der Schaffung eines funktionierenden Rechtsstaates. Es sollte geprüft werden, inwieweit eine direkte Finanzierung der ANP von deutscher Seite umgesetzt werden könnte.

Die vollständig von internationaler Militärhilfe abhängigen afghanischen Sicherheitskräfte sollen noch bis 2024 finanzielle Unterstützung durch den Afghan National Army Trust Fund erhalten. Dennoch gehen

Expert:innen davon aus, dass das Ende der Ausbildungs- und Ausrüstungsmission die Fähigkeiten und die Kampfmoral der afghanischen Sicherheitskräfte stark beeinträchtigen wird. Bereits heute steht mehr als die Hälfte des afghanischen Territoriums nicht unter der Kontrolle der Regierung. Einige Taliban-Kommandeure drängen darauf, weitere Provinzen und größere Städte zu erobern, während andere auf eine politisch verhandelte Rückkehr zur Macht hoffen. Denn schnelle militärische Erfolge in Kabul und im Norden des Landes dürften für die Taliban nur mit massiver Gewalt erreichbar und mit hohen eigenen Verlusten verbunden sein, auch wenn ihr eigener Herrschaftsanspruch das gesamte Gebiet Afghanistans umfasst. Der Organisation ist es seit 2001 nicht mehr gelungen, größere afghanische Städte dauerhaft unter ihre Kontrolle zu bringen, geschweige denn dort zu regieren. Gerade in den großen Städten Herat, Mazar-e Scharif und Kabul müssen sie mit erheblichem Widerstand der Sicherheitskräfte und gegnerischer Milizen rechnen. Lösten sich aber nach dem Abzug der internationalen Truppen die zentralen Kommandostrukturen der regulären afghanischen Sicherheitskräfte auf, könnte ein Flickenteppich ethnisch geprägter, privater Milizen entstehen. Schon jetzt gibt es Anzeichen für kämpferische Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Ethnien und Warlords, die offiziell zur Republik standen. Setzen sich diese negativen Trends fort dürfte sich das militärische Gleichgewicht mittelfristig zuungunsten der Republik verschieben und weitere Gewalt droht.

Eine Reduzierung der Gewalt und gleichzeitige Fortsetzung der Professionalisierung der nationalen Sicherheitskräfte sowohl in der Ausrüstung und Führung ist unabdingbar, wenn diese insbesondere nach einem politischen Abkommen eine konstruktive Rolle bei der Reintegration ehemaliger Taliban-Kämpfer, der Herstellung eines staatlichen Gewaltmonopols und dem effektiven Schutz der afghanischen Bevölkerung dienen soll. Für die Stabilität des afghanischen Sicherheitssektors nach einem Abzug ist die weitere internationale Unterstützung von enormer Bedeutung, an der auch Deutschland sich weiter beteiligen sollte.

Die Bundeswehr im Einsatz in Afghanistan

Die Beteiligung der Bundeswehr an den militärischen Operationen in Afghanistan stellte zu Beginn für Deutschland einen bedeutsamen Einschnitt dar. Mit fortwährender Dauer des militärischen Einsatzes hatte dieser zugleich zu einer Transformation der Bundeswehr geführt.

Geprägt aus den ersten Auslandseinsätzen in Somalia und auf dem Balkan, beteiligte sich die Bundeswehr in Afghanistan ab Oktober 2001 gemeinsam mit Partnern und Verbündeten an der Operation Enduring Freedom sowie ab Dezember 2001 an der militärischen Stabilisierungsmission ISAF. Ziel von ISAF war es, den Staatsaufbau Afghanistans zu unterstützen und im Rahmen der Sicherheitssektorreform den Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte zu begleiten. Angelehnt an die Erwartungen des Einsatzes, waren die Soldat:innen anfangs nur leicht bewaffnet und in der Regel mit ungeschützten Fahrzeugen ausgerüstet. Die Einsatzgrundsätze und die Ausrüstung änderte sich erst nach einem folgenschweren Selbstmordanschlag auf einen Bus der Bundeswehr im Juni 2003. Vier tote und 29 teilweise schwerverletzte Soldaten waren die ersten Opfer der Bundeswehr in Afghanistan.

Mit Ausdehnung der Mandate, der Erweiterung des militärischen Auftrages und dem Wiederstarken der Taliban, vollzog die Bundeswehr einen signifikanten Wandel: Die Soldat:innen waren Anschlägen auf Patrouillen, Hinterhalten und Selbstmordattentaten ausgesetzt. Die Frauen und Männer der Bundeswehr waren in Gefechte verwickelt, weitere getötete und gefallene Soldaten waren zu beklagen. Ein trauriger Höhepunkt der Kämpfe in Afghanistan war für die Bundeswehr das sogenannte Karfreitagsgefecht im April 2010. Drei Soldaten verloren bei einem mehrstündigen Gefecht ihr Leben. Dieses Ereignis prägt bis heute das Bewusstsein der Bundeswehr. Insgesamt starben 59 Soldaten im Einsatz in Afghanistan, viele wurden körperlich und seelisch verwundet. Der Tod von Soldaten und Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung trugen zu einer kontroversen Debatte über den Einsatz der Bundeswehr bei.

In den Jahren des Einsatzes hat die Bundeswehr wesentlich zum Staatsaufbau in Afghanistan beigetragen. Gemeinsam mit Polizist:innen, Angehörigen von Nichtregierungsorganisationen und Vertreter:innen

deutscher und internationaler Behörden wurden im Rahmen des vernetzten Ansatzes unter anderem Infrastrukturmaßnahmen vorangetrieben und afghanische Sicherheitskräfte ausgebildet. Die Gewährleistung von Sicherheit durch die Bundeswehr in einem oftmals fragilen Umfeld war eine tragende Säule unseres Engagements, damit eine neue Generation von Afghan:innen heranwachsen konnte, die bereit ist, Verantwortung für die Zukunft ihres Landes zu übernehmen.

Der 20-jährige Einsatz in Afghanistan hat auch in die Bundeswehr hineingewirkt. Über 150.000 Soldat:innen der Bundeswehr haben in Afghanistan gedient, eine ganze Generation an Soldat:innen wurde dadurch geprägt. Sie haben ihren vom Bundestag mandatierten Auftrag erfüllt und ihr Leben und ihre Gesundheit riskiert oder gar verloren. Hierfür gebührt ihnen unser Respekt, Dank und Anerkennung sowie gemeinsames Andenken an die Gefallenen. Aber nicht nur die in Afghanistan eingesetzten Soldat:innen haben vieles geleistet und teilweise sehr große Entbehrungen hinnehmen müssen; auch ihre Familien und Freunde prägte der Einsatz, brachte ihnen Hoffnung, Sorge und Nöte und auch Trauer. Die Gedenkkultur hat sich dem angepasst. Das Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin, der Wald der Erinnerung in Potsdam sind wichtige Erinnerungsorte geworden. Nicht nur die Soldat:innen der Bundeswehr und ihre Angehörigen, sondern auch Parlamentarier:innen und die Bevölkerung gedenken dort unseren Soldat:innen.

Der Einsatz veränderte nicht nur die Denkweise der Soldat:innen der Bundeswehr, sondern auch die gesamte Organisation. Ausrüstung und Ausbildung wurden an die dortigen Gegebenheiten angepasst; die aktuelle Struktur der Bundeswehr orientiert sich an einem Einsatzszenario Afghanistan. Ein Umstand, der unter Berücksichtigung der seit 2014 wandelnden sicherheitspolitischen Herausforderungen und mit dem Ende des Afghanistan-Einsatzes neu zu bewerten ist.

Wenn in wenigen Monaten das deutsche militärische Engagement in Afghanistan beendet wird, darf der Einsatz nicht als abgeschlossen gelten. Die Nachsorge der Angehörigen der Bundeswehr und ihrer Familien ist notwendig, dies gilt insbesondere für Hinterbliebene sowie körperlich und seelisch Verwundete.

Unser Dank gilt natürlich auch den vielen afghanischen Ortskräften der Bundeswehr und der zivilen Durchführungsorganisationen, die in all den Jahren mit ihrer Sprach- und Ortskenntnis, mit ihrem Einblick in die komplexen gesellschaftlich-politischen Strukturen des Landes sowie hilfreichen Vermittlungsdiensten wertvolle Beiträge zur afghanischen und westlichen Sicherheit, dem Ziel eines friedlichen Afghanistans und einer gelingenden Aufbauarbeit geleistet haben, von der viele Menschen, insbesondere Frauen und Jugendliche, bis heute profitieren. Sie und ihre Familien sind nun nach dem Abzug einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, Opfer von Vergeltungsaktionen der Taliban und anderer Gruppen zu werden. Wir bekennen uns zu der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber diesen Menschen und ihren Familien und fordern die Bundesregierung auf, hier schnelle und unbürokratische Lösungen zu ihrem Schutz zu finden und sie nicht im Stich zu lassen. Dazu sollten mit der afghanischen Regierung Möglichkeiten geprüft werden, sie weiterhin im Rahmen unseres Engagements vor Ort zu beschäftigen oder – falls dies nicht möglich sein sollte – ihnen zeitnah mit einem unbürokratisch zugänglichen Aufnahmeprogramm Perspektiven in Deutschland anzubieten.

Politische Entwicklung

In der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan von 2004 ist festgeschrieben, dass der Staat zur Verwirklichung von Demokratie, zur Sicherung der nationalen Einheit und Gleichheit unter allen Ethnien und Stämmen wie auch zu einer gleichmäßigen Entwicklung in allen Gebieten des Landes verpflichtet sei. Im Vergleich zum Bürgerkrieg der 1990er Jahre und der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001, bei der demokratische Wahlen und eine gewaltlose Machtteilung undenkbar waren, ist es gelungen, auf nationaler Ebene viele der ehemaligen Konfliktparteien und rivalisierenden Fraktionen in das politische System zu integrieren. Die Bundesregierung unterstützt sowohl staatliche Institutionen bei der Erhöhung von Transparenz, der Korruptionsbekämpfung und dem Aufbau von Verwaltungsstrukturen als auch Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtssicherheit für die Bevölkerung.

Nichtsdestotrotz sind in Afghanistan noch immer demokratische Defizite festzustellen: Wahlen sind als Instrument des Machtwechsels zwar anerkannt und etabliert, doch die Legitimität der demokratischen Prozesse wird nicht nur durch wiederholte Vorwürfe der Wahlfälschung, sondern zum Teil auch durch undurchsichtige Abmachungen und eine Kultur der Straffreiheit für hohe Beamte und einflussreiche Persönlichkeiten, insbesondere im Bereich der Korruption, untergraben. Zudem werden politische Posten noch zu oft nach ethnischer oder familiärer Zugehörigkeit vergeben, was die Effizienz staatlicher Institutionen unterminiert. Afghanistans internationale Partner müssen auch in Zukunft mehr Druck auf die Regierung und staatliche Stellen ausüben – gerade, weil Misswirtschaft und Bestechlichkeit Wasser auf die Mühlen der Taliban-Propaganda sind.

Die Taliban kontrollieren heute mehr als die Hälfte des afghanischen Territoriums und haben sich – auch wenn sie weiterhin mit internationalen Sanktionen durch den VN-Sicherheitsrat belegt sind – in den vergangenen Jahren zum Teil international rehabilitieren und Kontakte zu Ländern wie Iran, Russland und der USA intensiviert. Aus ihrer eigenen Sicht haben die Taliban den Krieg gegen den Westen gewonnen und treten bei den Verhandlungen entsprechend selbstbewusst auf. Neben einem vollständigen Abzug der internationalen Truppen streben sie die Wiederherstellung ihrer Herrschaft und die Umwandlung der Republik in ein Emirat an – die Details hierfür bleiben jedoch unklar. Auch wenn sie nach außen diszipliniert auftreten, handelt es sich bei den Taliban um keine homogene Organisation. Denn während auf höherrangiger Ebene beispielsweise vor einigen Monaten der UNICEF der Aufbau von Schulen auch für Mädchen gestattet wurde, schränken lokale Kommandeure die Arbeit von NGOs, Hilfsorganisationen und Medienschaffenden weiterhin enorm ein. Auch wenn die Taliban im Doha-Abkommen mit den USA erklärt haben, bei einer Regierungsbeteiligung westliche Unterstützung für den Wiederaufbau Afghanistans anzunehmen, müssen hierfür – wie auch für eine internationale Anerkennung einer Regierung unter Beteiligung der Taliban – von deutscher Seite unsere klaren Bedingungen kommuniziert werden.

Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die Bundesregierung um einen Dialog zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban. Im Juli 2019 gelang es erstmals, Vertreter:innen der Konfliktparteien sowie der Zivilgesellschaft an einen Tisch zu bringen – ein wichtiger informeller Schritt auf dem Weg zu den formalen innerafghanischen Friedensgesprächen, die seit 12. September 2020 in Doha stattfinden und trotz beträchtlicher Herausforderungen weiterhin eine bedeutsame Chance darstellen, sowohl eine dauerhafte Waffenruhe als auch ein politisches Abkommen mit den Taliban zu erreichen. Um die Gewalt einzudämmen, muss das Vertrauen zwischen Parteien – auch innerhalb des republikanischen Lagers – geschaffen werden.

Zwar finden die Gespräche ohne Mediatoren statt, doch deutsche Diplomaten:innen und Mittlerorganisationen wie die Berghof Stiftung unterstützen die Friedensverhandlungen und versuchen aktiv, auch zivilgesellschaftlichen Stimmen aus dem ganzen Land – insbesondere von Frauen, Minderheiten und der Jugend – Gehör zu verschaffen. In Abstimmung gerade mit europäischen Partnern nutzen sie zudem diesen Rahmen, um sowohl den Taliban als auch den Regierungsvertreter:innen die zentralen Prinzipien für ein zukünftiges internationales Engagement in Afghanistan deutlich zu machen: Die Fortführung eines inklusiven Friedensprozesses mit Ziel eines umfassenden Waffenstillstandes und Garantien für humanitäre Hilfe, die Wahrung der Menschenrechte sowie Aufrechterhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prozesse in Afghanistan, eine effektive Korruptionsbekämpfung wie auch das Bekenntnis zu den internationalen Verpflichtungen Afghanistans.¹

Nach Jahrzehnten des Leids werden jedoch allein Gespräche und Abkommen auf nationaler Ebene zu keiner nachhaltigen gesellschaftlichen Aussöhnung führen. Der innergesellschaftliche Friedens- und Versöhnungsprozess muss insbesondere an der lokalen Ebene ansetzen und bedarf der langfristigen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

¹ https://eeas.europa.eu/sites/default/files/key_principles_paper_final_handover.pdf

In der Tatsache, dass alle Nachbar- und Regionalstaaten ein aufrichtiges Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans haben, liegt eine besondere Chance zur friedlichen Beilegung der Konflikte in Afghanistan. Doch ungeklärte Territorialfragen (mit Pakistan) und Streitigkeiten über die Wassernutzung (mit Iran) bergen ein gewisses Konfliktpotential und angesichts geopolitischer Spannungen besteht nach einem Abzug der NATO-Truppen die Gefahr neuer Stellvertreterkonflikte im Land. Insbesondere Pakistan als Schutzmacht der Taliban hat in den vergangenen Jahren zwar einen Beginn der innerafghanischen Verhandlungen ermöglicht und sich auch Vertreter:innen nicht-paschtunischer Parteien gegenüber geöffnet, doch die Weigerung, Trainingslager der Taliban zu schließen, auf pakistanischem Territorium geplante Anschläge in Afghanistan zu verhindern und die Taliban zu einer Waffenruhe zu bewegen, lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit des pakistanischen Bekenntnisses für einen Frieden in Afghanistan aufkommen, möglicherweise da dieser den pakistanischen Einfluss mindern könnte.

Die Nachbar- und Regionalstaaten wie Russland, China, Iran und die Türkei haben, einen Abzug der USA antizipierend, ihre diplomatischen Bemühungen in Afghanistan intensiviert. Sie alle unterhalten mittlerweile gute Beziehungen zur Regierung und den Taliban. Die Konfliktparteien haben sich bereits mehrfach in Moskau getroffen; eine geplante Friedenskonferenz in Istanbul musste nach der Abzugsankündigung auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben werden. Die Nachbarstaaten eint die Sorge vor einer destabilisierenden Eskalation, die sich auch auf die eigenen Grenz- und Einflussgebiete auswirken kann – die Türkei ist schon heute eines der wichtigsten Ziel- und Transitstaaten für afghanische Geflüchtete. Was ein umfassendes sicherheits- und entwicklungspolitisches Engagement in Afghanistan angeht, scheinen die Nachbarstaaten auch eingedenk der sowjetischen und amerikanischen Erfahrungen wenig gewillt, sich auf demselben Niveau wie die NATO Staaten einzubringen oder gar in Staatsaufbau oder Demokratieförderung zu investieren. Zudem fehlt es bisher an einer effektiv koordinierenden Plattform für die verschiedenen regionalen Initiativen. Deutschland hat seit 2009 den Vorsitz der Internationalen Kontaktgruppe für Afghanistan inne, in der sich mehr als 50 Staaten und internationale Organisationen regelmäßig abstimmen. Diese Gruppe sollte noch stärker genutzt werden, um die Anrainerstaaten zusammenzubringen und einen engeren Austausch zu fördern.

Fazit & Ausblick

Auch wenn viele Erfolge im wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau von der anhaltenden Gewalt und ihren Folgen überschattet und gefährdet werden, hat Afghanistan in den vergangenen 20 Jahren beachtliche Fortschritte erzielt. Der Weg Afghanistans zu einer friedlichen konsolidierten Demokratie ist eine Generationenaufgabe, die auch weiterhin auf die Unterstützung aus dem Ausland angewiesen sein wird. Ohne eine Reduzierung der Gewalt bleibt das Erreichte fragil. Deutschland muss gemeinsam mit den USA, europäischen und regionalen Partnern auf eine solche Gewaltreduzierung hinwirken und gerade die Rolle der Vereinten Nationen, die weiterhin mit der politischen Unterstützungsmission UNAMA vor Ort präsent sein wird, im Friedensprozess stärken. Politisch kann die Bewahrung der Errungenschaften nur gelingen, wenn sich die Afghan:innen auf gemeinsame Vorstellungen des gesellschaftlichen Miteinanders einigen.

Die künftige Entwicklung Afghanistans ist eng mit deutschen und europäischen Interessen verbunden. Der innerstaatliche gewaltsame Konflikt zwischen dem afghanischen Staat und den Taliban ist die zentrale Fluchtursache für Millionen Afghan:innen, die ihre Heimat in den letzten Jahrzehnten verlassen mussten oder innerhalb des Landes vertrieben wurden, und verhindert die Möglichkeit einer sicheren Rückkehr aus den Nachbarstaaten und Europa. Auch wenn die Position von Al-Qaida in Afghanistan entscheidend geschwächt wurde, bietet die weit verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit im Land weiterhin einen Nährboden für Radikalisierung und auch gegen internationale Einrichtungen gerichteten Extremismus. Gleichzeitig erschwert die konfliktbedingte Schwäche der staatlichen Strukturen in Afghanistan eine erfolgreiche Eindämmung des transnationalen Drogenhandels – mit direkten Auswirkungen auf den Drogenmarkt in Europa.

Die Zusagen der internationalen Gebergemeinschaft bei der Genfer Konferenz im November 2020 zeigen, dass Afghanistan in den Bereichen Entwicklung, Menschenrechte, Sicherheit und guter Regierungsführung Fortschritte erzielt hat, aber allen internationalen Partnern bewusst ist, dass ein weiteres Engagement notwendig ist, um diese Erfolge zu konsolidieren oder gar zu erweitern. Auch Deutschland hat sich wiederholt dazu bekannt, das eigene zivile Engagement in Afghanistan aufrechtzuerhalten und sollte dies auch nach dem Ende des Bundeswehreininsatzes weiterhin tun. Um unserer Verantwortung gerecht zu werden für diejenigen, die einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung Afghanistans leisten, müssen die Ziele des künftigen Engagements mit klarem Blick auf das politisch Mögliche unter den veränderten Rahmenbedingungen formuliert werden. Den Taliban, die ein Interesse an einer Aufrechterhaltung der Entwicklungszusammenarbeit haben, muss bewusst sein, dass die finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in diesem Bereich wie auch die Aufhebung personenbezogener Sanktionen durch den VN-Sicherheitsrat eng mit Bedingungen verknüpft sind.

Materielle und politische Unterstützung von außen sind aber nicht genug, um aus einer traditionellen Gesellschaft und ruinierten Kriegswirtschaft ein plurales und demokratisches Staatswesen aufzubauen. Die Einigung auf einen neuen Gesellschaftsvertrag muss von den Afghan:innen selbst ausgehen. Dazu reicht ein rasch gestrickter „Deal“ zwischen den Eliten nicht aus; in dem neuen Staatswesen müssen sich alle Ethnien und Religionsgruppen gleichberechtigt wiederfinden können. Und selbst wenn es gelingt, den Konflikt zwischen Republik und Taliban politisch zu lösen, kann es wirklichen Frieden nur geben, wenn auch die vielen lokalen Konfliktlinien bearbeitet werden. Dazu bedarf es eines nachhaltigen zivilen Engagements der internationalen Gemeinschaft.

Gerade bei einer Verschlechterung der Sicherheitslage und der klimabedingten fortschreitenden Ernährungsunsicherheit ist die Fortsetzung und Ausweitung der humanitären Hilfe auf alle Landesteile unbedingt notwendig – auch vor dem Hintergrund der schlimmen pandemischen Lage im Iran und in Südasien. Die Versorgung hunderttausender Binnenvertriebener und Klimaflüchtlinge ist auch im besonderen Interesse der Nachbarstaaten und der Türkei, die hier mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einen ebenfalls stabilisierenden Beitrag leisten können. Eine erfolgreiche Fortsetzung der bisherigen Arbeit in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, und Wirtschaftsförderung, die letztlich entscheidend für die Bekämpfung von Konflikt- und Fluchtursachen sein werden, setzt allerdings nicht nur eine ausreichende Stabilität voraus, sondern auch funktionierende Institutionen, die ein Mindestvertrauen ihrer Bevölkerung genießen und Partizipation ermöglichen.

Die erzielten Fortschritte sind fragil und nur ein Teilstück auf dem noch zu absolvierendem Weg. Zudem werden die Errungenschaften durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Aufgrund fehlender Systeme eines sozialen Basisschutzes werden Armut und Hunger die internationale Gemeinschaft vor zusätzliche Aufgaben im Bereich der humanitären Hilfe stellen.

Eine nachhaltige Friedenslösung kann es nur über die systematische Einbindung der Staaten in der Region erreicht werden, die gleichzeitig die Souveränität und Eigenständigkeit Afghanistans respektieren. Alle Anrainerstaaten eint ein grundsätzliches Interesse am Erhalt staatlicher Strukturen, der territorialen Integrität und den Chancen des Landes mit Blick auf die reichen Bodenschätze und als Energiekorridor, doch oftmals stehen kurzfristige ökonomische und sicherheitspolitische Interessen über einem langfristigen Bekenntnis zu der Entwicklung und nachhaltigen Stabilisierung. Ein weiteres deutsches Engagement muss daher auch weiterhin die Stabilisierung staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen, in enger Kooperation mit internationalen Partnern, als oberste Maxime der weiteren Afghanistanpolitik beinhalten.